

Mittelstand und Wirtschaft

1. Die europäische Union strebt eine Klimaneutralität bis zum Jahr 2050, die Bundesgesetzgebung sieht das Jahr 2045 vor. Baden-Württemberg hat in seiner Klimagesetzgebung das Zieljahr 2040 verankert. Halten Sie an diesem Ziel fest? Wenn ja, wie wollen Sie es in 14 Jahren erreichen und dabei die wirtschaftliche Basis des Landes erhalten. Wenn nicht, wie wollen Sie trotzdem zum Ziel kommen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Wir stehen zu einem ambitionierten Klimaschutz in Baden-Württemberg. Klimaziele dürfen kein Selbstzweck sein, sondern Klimaschutz muss tatsächlich wirken – ökologisch, ökonomisch und sozial. Das im Klimaschutzgesetz verankerte Zieljahr 2040 ist sehr ambitioniert- und für uns unverändert maßgeblich. Es geht jetzt darum, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Genau deshalb setzen wir klare Schwerpunkte. Wir werden jetzt alles daran setzen, CO₂ tatsächlich und dauerhaft zu reduzieren. Dafür braucht es einen grundlegenden Kurswechsel hin zu maximaler Technologieoffenheit. Wir wollen Klimaschutz ermöglichen, nicht ideologisch verengen. Baden-Württemberg ist ein Hochtechnologieland, und diese Stärke wollen wir für den Klimaschutz nutzen. Carbon Capture and Storage (CCS) und Carbon Capture and Utilization (CCU) müssen ermöglicht werden. Dazu gehört	<i>Unser Ziel bleibt die Klimaneutralität bis 2040. Die grün-schwarze Landesregierung ist derzeit weit von diesem Ziel entfernt. Wir werden den notwendigen Aufholkurs einschlagen – ökologisch verantwortlich, wirtschaftlich stark und sozial gerecht. Insbesondere werden wir die Förderung in der energetischen Gebäudesanierung deutlich erhöhen, wo das Land sich bislang weitgehend zurückhält, die E-Mobilität durch verstärkten Ausbau der Ladeinfrastruktur voranbringen und aktiv für einen stärkeren Ausbau von Wind- und Solarenergie sowie Speicher sorgen (Land muss z.B. geeignete Flächen identifizieren und genehmigungsseitig vorbereiten, etc.).</i>	Ja, wir halten am Ziel der Klimaneutralität Baden-Württembergs bis 2040 fest. Dieses Ziel ist bewusst ambitionierter als die Bundes- und EU-Vorgaben, weil Baden-Württemberg als Industrie-, Innovations- und Forschungsstandort sowohl die Verantwortung als auch die Fähigkeit hat, voranzugehen. Frühzeitiger Klimaschutz bedeutet für uns Planungssicherheit für Unternehmen, geringere Transformationskosten und neue Wertschöpfung im Land. Der Weg dorthin ist klar strukturiert: • Sektorziele bis 2030, wie sie u. a. vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung (ZSW) modelliert wurden, geben einen realistischen Reduktionspfad für Energie, Gebäude, Verkehr und Industrie und Landwirtschaft vor. • Wir setzen auf massiven Ausbau erneuerbarer Energien,	Für uns ist klar, dass es eine ehrliche Debatte über Klimapolitik in Baden-Württemberg geben muss. Das grün-schwarze Ziel, wonach Baden-Württemberg bereits 2040 klimaneutral sein soll und damit schneller als der Bund und die EU, ist unrealistisch. Denn allein mit den finanziellen, personellen und materiellen Mitteln des Landes lässt sich dieses Ziel nicht erreichen. Zusätzlich bedeutet eine früher angestrebte Klimaneutralität, dass große Teile des heutigen baden-württembergischen Kapitalstocks vorzeitig aufgegeben oder umgerüstet werden müssten. Wir wollen das Zieljahr des Landes an das Zieljahr des Bundes beziehungsweise der EU koppeln. Die Verschiebung um zehn Jahre auf 2050 würde der baden-württembergischen Volkswirtschaft Kosteneinsparungen im Milliardenbereich ermöglichen, ohne dass spürbare Nachteile für den globalen Klimaschutz entstehen. Denn in einem

der Aufbau einer Infrastruktur zum Transport und zur Speicherung von CO₂, national und europäisch abgestimmt. Die Entwicklung neuer Technologien in den Bereichen Wasserstoff, synthetische Kraftstoffe, klimaneutrale Produktionsverfahren und Speichertechnologien wollen wir gezielt fördern. Forschung, Mittelstand und Industrie müssen dabei eng zusammenarbeiten.

Klimaschutz bedeutet für uns nicht nur Technik, sondern auch Verantwortung für unsere Natur. Wälder sollen als CO₂-Senken gestärkt, klimaresilient umgebaut und nachhaltig bewirtschaftet werden. Moore, Böden und Auen sollen geschützt und renaturiert werden, und die Landwirtschaft soll als Partner im Klimaschutz begreifen werden, nicht als Gegner.

Wenn es gelingt, Emissionen wirksam zu senken, Innovationen zu beschleunigen und unsere Wirtschaft zukunftsfest aufzustellen, kann Baden-Württemberg einen entscheidenden Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Unser Maßstab ist nicht das Datum, sondern der Erfolg. Klimaschutz gelingt nur mit Technologieoffenheit, wirtschaftlicher Vernunft und dem festen Willen, Verantwortung für kommende Generationen zu übernehmen.

Elektrifizierung, Wasserstoff für Industrieprozesse sowie Effizienz und Kreislaufwirtschaft.

- Mit der **Klimamilliarde des Landes** schaffen wir ein dauerhaftes Investitionsinstrument, das insbesondere **Kommunen, Stadtwerke und öffentliche Infrastruktur** bei der Umsetzung unterstützt – etwa bei Wärmenetzen, Sanierungen, klimafreundlicher Mobilität und Anpassungsmaßnahmen.

Wichtig ist uns: Klimaschutz gelingt nur gemeinsam mit den Kommunen. Deshalb ist die **verlässliche Finanzierung kommunaler Aufgaben** ein zentraler Bestandteil unserer Klimapolitik – nicht als Zusatzbelastung, sondern als Zukunftsinvestition in Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität. Das schafft Arbeitsplätze im Land und sorgt für Innovationen, die den Unternehmen dann auch auf Märkten außerhalb Baden-Württembergs nutzen.

umfassenden EU-Emissionshandel kann eine frühere baden-württembergische Treibhaus-gasneutralität keinen zusätzlichen Effekt auf die Gesamtemissionen in Europa haben, solange auch nur einer der anderen Mitgliedstaaten ökonomisch rational handelt.

Wir als FDP sagen dabei: So viel Klimaschutz wie möglich, aber für so wenig Geld wie nötig. Das erreichen wir am besten mit dem europäischen Klimaziel 2050 und einem starken, europäischen Emissionshandel. Ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene verhindert Wettbewerbsverzerrungen und ermöglicht kosteneffiziente Klimaschutzmaßnahmen dort, wo sie am wirtschaftlichsten sind.

2. Vor allem mittelständische Betriebe werden überproportional durch Bürokratie belastet. Wie möchte ihre Partei die Unternehmen entlasten? Durch unsere Mitgliedsstruktur bitten wir insbesondere um Antworten für den Bereich Handel und Logistik.

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Bürokratielasten treffen den Mittelstand besonders hart – und damit in besonderem Maße Handel und Logistik als Rückgrat funktionierender Wertschöpfungs- und Versorgungsketten. Dokumentations-, Melde- und Nachweispflichten binden Fachkräfte, kosten Zeit und Kapital und engen den unternehmerischen Spielraum massiv ein. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit, belastet die Versorgungssicherheit und gefährdet Arbeitsplätze. Die CDU setzt deshalb mit ihrem Regierungsprogramm auf einen konsequenten Bürokratieabbau mit klarem Mittelstands- und Wertschöpfungsfokus. Neue Regelungen dürfen nur dann eingeführt werden, wenn sie zwingend erforderlich sind und einen verbindlichen Mittelstands-Check bestehen. Unser Leitprinzip ist klar: vereinfachen statt verkomplizieren, streichen statt stapeln. Doppelmeldungen, überzogene Berichtspflichten und praxisferne Vorgaben müssen weg. Ein zentraler Vorschlag der Union ist die Einrichtung eines Sachverständigenrats in Baden-Württemberg, der bestehende Gesetze	Die SPD fordert ein Bürokratiemoratorium, von dem Unternehmen aller Bereiche profitieren würden: damit soll festgelegt werden, dass das Land zwei Jahre lang keine neuen Re-gelungen beschließen darf, die in Unternehmen zu zusätzlicher Bürokratie führen. Wir wollen zudem Genehmigungs-verfahren straffen und beschleunigen und alle Berichts-, Statistik- und Dokumentationspflichten für den Mittelstand auf eine zeitliche Befristung prüfen.	Mittelständische Betriebe leiden heute unter einer überproportionalen Bürokratielast. Besonders stark betroffen sind Handel und Logistik. Hohe Dokumentations-, Genehmigungs- und Berichtspflichten binden Zeit und Personal. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit. Wir setzen deshalb auf konsequenten Bürokratieabbau. Wir streichen überflüssige Vorgaben und vereinfachen notwendige Regeln. Bericht- und Dokumentationspflichten bündeln wir, wo das rechtlich möglich ist. Doppelte Nachweise schaffen wir ab. Das senkt den Zeit- und Kostenaufwand spürbar – in Filialen, Lagern und Fuhrparks. Wir digitalisieren Verwaltungsverfahren konsequent. Unternehmen stellen Anträge digital, ohne Medienbrüche und mit vorbefüllten Daten. Behörden treffen Standardentscheidungen schneller und nach verbindlichen Bearbeitungsstandards. Das beschleunigt Genehmigungen, etwa bei Betriebsanpassungen, neuen Lagerflächen oder Logistikinfrastruktur.	Für uns besteht der Weg dazu in einem Zweischritt: Abbau und Reform. Zum einen müssen wir Auflagen, Regulierung und Berichten massiv zurückschneiden – wir brauchen echte Abschaffungen, nicht nur Modifikationen. Ein erster Schritt für uns ist die ersatzlose Streichung von sämtlichen Berichts-, Dokumentations- und Statistikpflichten für kleinere Unternehmen, welche in der Regel keine großen Rechts- und Complianceabteilungen unterhalten können. Dies dürfte auf zahlreiche Unternehmen im Handel und der Logistik zutreffen Auf Landesebene gehören diese Regelungen gestrichen und gegenüber Berlin muss das Land schnellstmöglich eine Bundesratsinitiative starten. Bis zu deren abschließender Behandlung muss das Statistische Landesamt in einem Schritt der demokratischen Notwehr angewiesen werden, diese Daten nicht mehr zu erheben. Der Bürokratismus in unserem Land ist so groß, dass dies auch drastische Maßnahmen rechtfertigt.

systematisch auf Entlastungspotenziale überprüft und neue Vorhaben fortlaufend unter dem Maßstab „Vorrang für Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und Innovation“ bewertet. Gerade für Handel und Logistik heißt das konkret: digitale und einheitliche Verfahren, ein echtes Once-Only-Prinzip bei Unternehmensdaten, schnellere und verlässliche Genehmigungen sowie praxisgerechte Regeln im Betriebsalltag, etwa bei Arbeitszeiten, Transport-, Lager- und Lieferprozessen. Regulierung muss Wertschöpfung ermöglichen – nicht ausbremsen. Unser Ansatz ist klar: Vertrauen statt Misstrauen. Der Staat darf Unternehmen in Handel und Logistik nicht unter Generalverdacht stellen, sondern muss ihnen den Rücken freihalten. Mehr Zeit für Warenfluss und Wertschöpfung, weniger für Formulare. So sichern wir Wettbewerbsfähigkeit, Versorgung und Arbeitsplätze im Mittelstand.		Digitalisierung wird so zum echten Entlastungshebel. Wir machen neue Gesetze von Anfang an praxistauglich. Der Normenkontrollrat prüft Regelungen systematisch auf Bürokratiekosten und Umsetzbarkeit. Mit der Entlastungsallianz haben wir gemeinsam mit Wirtschaft und Kommunen bereits viele konkrete Hemmnisse identifiziert und abgebaut. Davon profitieren vor allem kleine und mittlere Betriebe im Tagesgeschäft. Wir vereinfachen auch die Förderlandschaft. Digitale Anträge, klare Kriterien und kürzere Bearbeitungszeiten reduzieren den Aufwand. Handels- und Logistikunternehmen können Investitionen schneller umsetzen – zum Beispiel in Digitalisierung, Effizienzsteigerung oder klimafreundliche Logistik. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger Staat. Weniger Bürokratie schafft Zeit für Kundinnen und Kunden, für effiziente Abläufe und für Investitionen. Das stärkt den mittelständischen Handel und die Logistik in Baden-Württemberg und sichert Arbeitsplätze im Land.	Daneben brauchen wir aber auch eine echte Verwaltungsreformen mit dem Abbau von Verwaltungsebenen und Verwaltungspersonal. Daher möchten wir zwei der fünf Verwaltungsebenen im Land streichen. Das Ergebnis wäre mehr Bürgernähe, der Abbau von Doppelstrukturen und die Bündelung von Kompetenzen. Für die Unternehmen würde sich dies in kürzeren Genehmigungsdauern und mehr Praxisorientierung auszahlen. Des Weiteren wollen wir dem Staat verbieten, zu fragen, was er schon weiß – wenn ihm Daten oder Informationen bereits vorliegen, darf er Bürger und Unternehmen nicht noch einmal danach fragen. Somit würde das Once-Only-Prinzip endlich Realität werden – und im Zweifel müssen wir dazu halt Datenschutzregelungen anpassen.
---	--	--	--

Mobilität

3. Autoland Baden-Württemberg und der Verbrennungsmotor: Sollten aus Ihrer Sicht Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren (Autos, LKW, Motorräder) weiterhin zugelassen werden können? Welchen Stellenwert hat diese Technologie für ihre Partei?			
CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Der Verbrennungsmotor hat weiterhin einen hohen Stellenwert, insbesondere für die industrielle Basis Baden-Württembergs und die Vielfalt des Verkehrssektors. Er ist eine bewährte Technologie, die auch künftig eine Rolle spielen kann, solange die Emissionen durch moderne Antriebstechnologien, effiziente Motoren und den Einsatz synthetischer oder regenerativer Kraftstoffe deutlich reduziert werden. Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren sollten weiterhin zugelassen werden, da sie Flexibilität, Reichweite und Versorgungssicherheit bieten, insbesondere für Lkw, Nutzfahrzeuge und Bereiche, in denen alternative Antriebe noch nicht flächendeckend verfügbar oder wirtschaftlich tragfähig sind. Gleichzeitig setzen wir auf Technologieoffenheit, die alle klimafreundlichen Lösungen wie Elektromobilität, Wasserstoffantriebe, synthetische Kraftstoffe und effiziente Verbrennungsmotoren berücksichtigt,	Wir stehen zum Ziel der vollständigen Klimaneutralität bei PKW-Neuzulassungen. Die Elektromobilität ist hierfür die marktwirtschaftlich einzig vernünftige Alternative zur schnellen Emissionssenkung. Als Brücke zur Elektromobilität wollen wir die Zulassung von bestimmten Plug-in-Hybriden und Fahrzeugen mit Range Extendern ermöglichen. Voraussetzung ist jedoch, dass diese unterm Strich zur Netto-Emissionsfreiheit beitragen und die Kriterien des Klimaschutzes erfüllen.	Die Transformation der Automobilwirtschaft ist in vollem Gange und eine große Herausforderung. Wenn es nach uns geht, ist Baden-Württemberg in Zukunft nicht nur dafür berühmt, die besten Dieselaautos der Welt produziert zu haben. Sondern auch für die Entwicklung der besten klimaneutralen, digitalen Fahrzeuge der Welt, damit bestehende und neue Arbeitsplätze sicher und zukunftsorientiert sind. Leitlinie für die Entwicklung künftiger Antriebe ist die europäische CO2-Flottengrenzverordnung, für die es von Seiten der europäischen Kommission einen Vorschlag zur Flexibilisierung gibt. Verbrennungsmotoren werden weiter zulassungsfähig sein, wenn sie den europäischen Emissionsvorgaben gerecht werden. Für uns ist klar: Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch, vernetzt und intelligent. Der E-Motor ist für Pkws	Nicht der Motor ist das Problem, sondern der fossile Kraftstoff. Wir treten für Technologieoffenheit ein. Die nicht faktenbasierte CO₂-Regulierung der EU und das faktische Verbrennerverbot müssen weg! Die jüngste Regelung mit dem 90-Prozent-Ziel und der Anrechenbarkeit von klimaneutralem Stahl ist aus unserer Sicht eine Mogelpackung, zumal Flottenbetreiber früher „klimaneutral“ sein müssen. Deshalb ein klares Ja zu Verbrennungsmotoren. Diese werden in vielen Bereichen auch in Zukunft gebraucht. Wir erachten es für geradezu unerträglich, dass E-Mobilität völlig ungeachtet von der Frage, wie der Strom produziert wurde, mit Null Gramm CO₂ bewertet wird. Eine ganzheitliche Betrachtung, wenn es wirklich nur um Klimaschutz ginge, sähe anders aus. Offenbar soll mit aller Gewalt nur eine Technik – die E-Mobilität – durchgedrückt werden. Das lehnen wir strikt ab.

um Klimaschutz, Innovation und wirtschaftliche Stabilität zu verbinden.

die effizienteste Antriebsart und erlebt auch im Nutzfahrzeugsektor einen Durchbruch. Für die herausfordernde Transformation weg vom fossilen Verbrenner braucht es jetzt verlässliche Leitplanken für Autobauer, Zulieferer und Handwerk – und keine Symboldebatten über Jahreszahlen, angebliche Verbote oder mangelnde Technologieoffenheit.

4. Synthetische grünstrombasierte Flüssigkraftstoffe (E-Fuels) haben eine hohe Energiespeicherdichte, können international gehandelt und über bestehende Tankinfrastrukturen genutzt werden. Werden Sie den Einsatz solcher Kraftstoffe politisch unterstützen und damit das Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehr unterstützen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Wir sehen in synthetischen, grünstrombasierten Flüssigkraftstoffen (E-Fuels) eine sinnvolle Ergänzung für den Verkehrssektor, etwa bei Flugzeugen, Schiffen oder schweren Nutzfahrzeugen, aber auch in der Pkw-Bestandsflotte. Wir befürworten den gezielten Einsatz solcher Kraftstoffe als Teil eines breiten Maßnahmenpakets zur Reduktion von CO₂-Emissionen im Verkehr, sofern sie wirtschaftlich tragfähig sind. Dabei gilt für uns, dass die Förderung von E-Fuels ergänzend zu anderen Lösungen wie Elektromobilität und Wasserstoff gedacht ist und nicht als Ersatz für eine technologieoffene, ganzheitliche Verkehrspolitik. Ziel ist es, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und praktikable Mobilität miteinander zu verbinden, ohne einzelne Technologien zu bevorzugen oder den Nutzerinnen und Nutzern unnötige Zwänge aufzuerlegen.	E-Fuels benötigen zu ihrer Erzeugung ein Mehrfaches der Energie gegenüber z.B. dem Elektroantrieb. Zudem führen sie bei Verbrennung im Straßenverkehr ebenso wie Benzin und Diesel zu Emissionen von CO₂ und Stickoxiden. In geringem Umfang können E-Fuels in speziellen Anwendungsnischen sinnvoll sein, hier ist aber die laufende Forschung und Entwicklung abzuwarten.	Ein Baden-Württemberg, in dem Busse leise rollen, Autos keine Schadstoffe mehr ausstoßen und der Lkw-Verkehr elektrisch fährt – das ist längst keine ferne Vision mehr, sondern ein erreichbares Ziel. Die Transformation der Automobilwirtschaft ist in vollem Gange und eine große Herausforderung. Wenn es nach uns geht, ist Baden-Württemberg in Zukunft nicht nur dafür berühmt, die besten Dieselaautos der Welt produziert zu haben. Sondern auch für die Entwicklung der besten klimaneutralen, digitalen Fahrzeuge der Welt, damit bestehende und neue Arbeitsplätze sicher und zukunftsorientiert sind. Für uns ist klar: Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Die Zukunft des Automobils ist elektrisch, vernetzt und intelligent. Der E-Motor ist für Pkws die effizienteste Antriebsart. Die grün-geführte Landesregierung hat sich eine ReFuels-Strategie gegeben und mit einem Aktionsplan ReFuels auf europäischer Ebene um eine günstigere	Wir fordern mit großem Nachdruck den Einsatz von reFuels und den Aufbau von Energiepartnerschaften, in denen so genannte regenerative Energie im Überfluss vorhanden ist. Essenziell ist, dass auch für diesen Bereich der nicht sachgerechte Rechtsrahmen der EU angepasst wird. Ansonsten sind Import und Nutzung nicht zielführend möglich.

		Regulatorik für den Markthochlauf von E-Fuels geworben. Denn mit erneuerbarem Strom erzeugte E-Fuels stellen einen wichtigen Bestandteil der klimaneutralen Zukunft des Verkehrssektors dar – insbesondere für schwer elektrifizierbare Bereiche wie die Luft- und Schifffahrt. Darüber hinaus sind sie als Rohstoff für eine nachhaltige industrielle Produktion in Baden-Württemberg von großer strategischer Bedeutung.	
--	--	---	--

5. Der neue Dieseldienstkraftstoff HVO 100 bildet einen klimaschonenden, erneuerbaren Kraftstoff. Unterstützen Sie die Forderung, dass in sämtlichen kommunalen Betrieben der Einsatz von HVO 100 zur Ersetzung fossilen Diesels vorgesehen werden sollte?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Wir begrüßen die Entwicklung von HVO 100 als klimaschonenden, erneuerbaren Dieseldienstkraftstoff, der insbesondere im kommunalen Bereich zur Reduktion fossiler Emissionen beitragen kann. Unsere Fraktion hält es jedoch für wichtig, dass die Entscheidung über den Einsatz von HVO 100 flexibel und technologieoffen bleibt. Kommunale Betriebe sollten die Möglichkeit haben, den für ihre Aufgaben, Fahrzeuge und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen passenden Kraftstoff auszuwählen, ohne dass starre Vorschriften einen Zwang darstellen. Das Land kann beratend begleiten, Informationen bereitstellen und Anreize setzen, damit der Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe wirtschaftlich sinnvoll und praktikabel umgesetzt wird. So lassen sich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und die Leistungsfähigkeit kommunaler Flotten miteinander verbinden, ohne die Handlungsfreiheit der Kommunen einzuschränken.	Die Herstellung von HVO 100 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit umwelt- und klimaschädigend. Wir empfehlen kommunalen Betrieben den zunehmenden Einsatz von Elektrofahrzeugen, die gerade auch im Bereich der Nutzfahrzeuge immer mehr und auch technisch ausgereift angeboten werden. Im LKW-Bereich ist der Elektroantrieb bei Einrechnung aller Kosten bereits wirtschaftlicher als LKW mit Dieselantrieb.	Die grün-geführte Landesregierung hat sich bereits seit längerer Zeit im Bundesrat für die Freigabe von HVO 100 (im Folgenden HVO genannt) eingesetzt und begrüßt die in 2024 erfolgte Freigabe. Deutschland folgt damit dem Beispiel anderer EU-Länder, wie Finnland, Schweden, Norwegen, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Estland, Lettland und Litauen, in denen HVO teilweise schon seit vielen Jahren erfolgreich im Straßenverkehr eingesetzt wird. Welche Kraftstoffe in kommunalen Betrieben eingesetzt werden, liegt in Verantwortung der Kommunen. Hierbei spielen – in Abhängigkeit von der jeweiligen Anwendung - mehrere Faktoren eine Rolle: Verfügbarkeit von (batterie-) elektrischen Antrieben, Verfügbarkeit von HVO 100 vor Ort sowie die preisliche Entwicklung von HVO 100.	Auf Druck der FDP konnte in der letzten Bundesregierung der Widerstand des Bundesumweltministeriums gegen die Freigabe von HVO 100 überwunden werden. Das war ein herausragender Erfolg der FDP in der so genannten Ampel-Regierung. Wir haben für Baden-Württemberg mehrfach gefordert, dass die grün-schwarze Landesregierung als Baustein eines wirklichen Klimaschutzes die Diesel-Dienstfahrzeuge des Landes mit HVO 100 betankt. Das wurde leider abgelehnt. Wir wollen, dass das Land HVO 100 einsetzt. Gegenüber den Gemeinden werben wir für den Einsatz, achten jedoch die kommunale Selbstverwaltung. In jedem Fall sehen wir in HVO 100 einen sehr sinnvollen Beitrag zu mehr Klimaschutz bei Dieselantrieben. Wir werben insgesamt für eine faktenbasierte Politik.

Wärmemarkt

6. Momentan wird auf Bundesebene eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes angestrebt. Wie bewerten Sie mögliche Änderungen und welche Elemente bilden für Ihre Partei die wesentlichen Bausteine der Wärmeversorgung? Welche Auffassung vertreten Sie dabei zu kommunalen Anschluss- und Benutzungszwängen an die Fernwärme im Bereich der Wohnraumbeheizung?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Eine Überarbeitung des Heizungsgesetzes halten wir für sinnvoll und notwendig, um die Regelungen praxisnäher, sozial ausgewogener und verständlicher zu gestalten. Dabei ist entscheidend, dass Eigentümerinnen und Eigentümer, Kommunen, Handwerk und Industrie verlässliche Planungssicherheit erhalten. Häufige Richtungswechsel und kurzfristige Vorgaben verunsichern und gefährden Investitionen. Langfristig ist zugleich klar: Für einen klimaneutralen Gebäudebestand werden Wärmepumpen, erneuerbare Energien und hocheffiziente Heizsysteme eine zentrale Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund sollte das Gebäudeenergiegesetz zu einem Gebäudemodernisierungsgesetz weiterentwickelt werden. Statt starrer Vorgaben für einzelne Heiztechnologien muss der Fokus auf den tatsächlichen Gesamtemissionen eines Gebäudes liegen. Maßgeblich ist, wie viel CO₂ ein	Wir halten es für wichtig, dass die Förderung klimaschonender Heizungen beim Heizungstausch weiter unvermindert gefördert wird (vor allem ist dies die Wärmepumpe). Auch muss es weiterhin eine zeitliche Obergrenze für den Neu-Einbau von Gas- und Ölheizungen geben. Einen Anschluss- und Benutzungszwang für Fernwärmenetze im Bestand lehnen wir grundsätzlich ab, die Fernwärme muss so attraktiv gestaltet sein, dass der freiwillige Wechsel zur Fernwärme für den wirtschaftlichen Ausbau ausreicht, die Wahl einer dezentralen Lösung muss bestehen bleiben. Für Neubaugebiete und insbesondere Misch- und Gewerbegebiete kann der Anschluss- und Benutzungszwang sinnvoll sein.	Wir sehen die angekündigte Reform des GEG kritisch, wenn sie Planungssicherheit, Klimaziele und Investitionsbereitschaft schwächt. Für uns ist entscheidend, dass das GEG weiterhin klare Leitplanken für den Umstieg auf erneuerbare Wärme setzt, dabei aber sozial ausgewogen und technologisch offenbleibt. Das bringt die Planungssicherheit, die die Unternehmen fordern, um erfolgreiche Geschäftsmodelle zu entwickeln. Zentrale Bausteine unserer Wärmeversorgung sind: • Die energetische Sanierung von Gebäuden • kommunale Wärmeplanung als strategische Grundlage, • dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen, Solarthermie, Biomasse und hybride Systeme – insbesondere in ländlichen Räumen. • der gezielte Ausbau von Wärmenetzen, wo sie effizient und	Wir Freie Demokraten in Baden-Württemberg wollen die Wärmewende durch Technologieoffenheit erreichen. „One size fits all“-Lösungen kann es im heterogenen Gebäudebestand nicht geben. Deshalb braucht es eine Reform des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), um Hauseigentümern und der Wärmebranche wieder Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen zu geben. Besonders die starre 65-Prozent-Vorgabe im GEG verursacht hohe Kosten, zusätzliche Bürokratie und greift unnötig in die Entscheidungsfreiheit der Hauseigentümer ein. Aus FDP-Sicht sollte diese Vorgabe ersatzlos gestrichen werden. Entscheidend ist für uns nicht, welche Technik politisch bevorzugt wird, sondern die tatsächliche CO₂-Minderung. Dafür ist der CO₂-Preis im europäischen Emissionshandel das richtige Leitinstrument, weil sich die

Gebäude über seinen gesamten Lebenszyklus verursacht – nicht allein, welche Technik eingesetzt wird. Ein solcher Ansatz schafft echte Technologieoffenheit, ermöglicht individuelle und wirtschaftlich sinnvolle Lösungen und setzt Anreize für Innovation, etwa durch bessere Dämmung, intelligente Steuerung, hybride Systeme oder neue klimafreundliche Technologien. So lassen sich Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Verlässlichkeit wirkungsvoll miteinander verbinden. In Bezug auf kommunale Anschluss- und Benutzungszwänge an Fernwärme vertreten wir klar, dass diese nur in Ausnahmefällen und mit Bedacht eingesetzt werden dürfen. Eigentümerinnen und Eigentümer müssen die Freiheit haben, die für ihr Gebäude passende Heiztechnik zu wählen. Das Land und die Kommunen können durch Beratung, Informationen und Anreize unterstützen, wo Fernwärme sinnvoll ist, ohne dass starre Zwangsregelungen die Investitionsentscheidungen verunsichern oder unnötige Kosten verursachen. Unser Ziel ist eine technologieoffene, flexible und planbare Wärmeversorgung, die die Klimaziele erreicht, aber gleichzeitig wirtschaftlich tragfähig und bürgernah bleibt.		erneuerbar betrieben werden können, Zu Anschluss- und Benutzungszwängen an Wärmenetze gilt unsere klare Position: Den Kommunen wird im Kommunalrecht nach § 11 GemO die Möglichkeit gegeben, einen Anschluss- und Benutzungszwang zu beschließen. Ob sie davon Gebrauch machen, entscheiden die Kommunen. Er wird nur in begründeten Ausnahmefällen zur Anwendung kommen. Dabei gilt ausdrücklich – und das ist uns wichtig: Der § 11 GemO verpflichtet die Gemeinden, Ausnahmen vorzusehen, wenn ein Anschluss wirtschaftlich unzumutbar ist, eine erneuerbare Heizung wie. z. B. Wärmepumpe eingebaut wird, oder wenn ein Gebäude bereits eine sehr gute energetische Qualität aufweist. Diese Regelung eröffnet aus unserer Sicht ausreichende und notwendige Spielräume, um Einzelfälle fair zu berücksichtigen und Akzeptanz zu sichern.	jeweils günstigste und effizienteste Lösung durchsetzt. Vor Ort gibt es eine Vielzahl sinnvoller Optionen: Wärmepumpen können passen, genauso aber Wärmenetze, tiefe Geothermie, Biomasse oder perspektivisch klimaneutrale Gase. Welcher Energieträger im Gebäudesektor am Ende zum Einsatz kommt, sollte weder bundesgesetzlich noch europarechtlich festgelegt werden. Genauso klar ist für uns, dass wir kommunale Anschluss- und Benutzungszwänge bei Fernwärme ablehnen. Wärmenetze sollen dort ausgebaut werden, wo sie wirtschaftlich, verlässlich und für die Menschen bezahlbar sind. Akzeptanz entsteht durch faire Preise, Transparenz und Wettbewerb – nicht durch Verpflichtungen. Entsprechend begrüßen wir eine Novellierung der AVBFernwärmeV, wenn sie genau diese Prinzipien gestärkt werden.
---	--	---	--

7. Gerade im ländlichen Raum sind viele Hausbesitzer auf Heizöl für die Wärmeerzeugung angewiesen. Vorteile sind die Möglichkeit der eigenen Bevorratung und die damit verbundene individuelle Versorgungssicherheit. Die Branche bemüht sich derweil stark um den weiteren Einsatz erneuerbarer Flüssigbrennstoffe. Werden Sie den Einsatz solcher regenerativen Brennstoffe (etwa sog. „Grünes Heizöl“) politisch unterstützen oder im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung anerkennen?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Wir erkennen an, dass die Branche zunehmend regenerative Flüssigbrennstoffe, etwa sogenanntes „Grünes Heizöl“, entwickelt und einsetzt. Wir halten es für sinnvoll, diese Innovationen zu unterstützen und im Rahmen einer technologieoffenen Wärmeplanung anzuerkennen. Dabei ist uns wichtig, dass die Entscheidung für die Heiztechnik weiterhin bei den Eigentümerinnen und Eigentümern liegt und nicht durch starren Anschluss- oder Benutzungszwang eingeschränkt wird. Das Land kann durch Information, Beratung und Anreize dazu beitragen, dass der Einsatz erneuerbarer Brennstoffe wirtschaftlich sinnvoll genutzt wird, ohne die Versorgungssicherheit oder die Selbstständigkeit der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Auf diese Weise lassen sich Klimaschutz, Versorgungssicherheit und individuelle Freiheit wirkungsvoll miteinander verbinden.	Für alle Gebäudearten liegen zwischenzeitlich gute technische Lösungen vor, diese auch klimafreundlich mit Wärme zu versorgen, wobei die Wärmepumpentechnik neben Nahwärmenetzen und den verschiedenen Holzheiztechniken (Hackschnitzel, Pellets,) zu bevorzugen ist.	Wir wissen, dass im ländlichen Raum viele Gebäude heute noch auf Heizöl angewiesen sind und dass Aspekte wie eigene Bevorratung und Versorgungssicherheit eine Rolle spielen. Unser gemeinsames Ziel ist es, den fossilen Verbrauch schrittweise zu reduzieren und klimafreundliche Alternativen zu stärken. Erneuerbare Flüssigbrennstoffe können dabei eine Rolle spielen und werden anerkannt, wenn sie klimaneutral hergestellt sind. Ob sie sich am Markt durchsetzen werden, hängt von ihren Preisen im Vergleich zu immer günstigeren, immer effizienteren Wärmepumpen ab. Erneuerbare Flüssigbrennstoffe können natürlich auch eine Übergangs- oder Nischenrolle spielen, etwa: • in Bestandsgebäuden, bei denen ein schneller Systemwechsel technisch oder wirtschaftlich nicht möglich ist, • oder als Beimischung, um Emissionen kurzfristig zu senken.	Gerade im ländlichen Raum ist Heizöl in vielen Bestandsgebäuden verbreitet und sichert für viele Menschen eine bezahlbare Wärmeversorgung. Daher unterstützen wir den Einsatz erneuerbarer flüssiger Brennstoffe wie Bio-Heizöl. Bestrebungen, diese Optionen durch starre gesetzliche Vorgaben einzuschränken, lehnen wir ab. Verpflichtende kommunale Wärmeplanungen sehen wir ebenfalls kritisch. Ist an einem Ort ein Wärmenetz mit Biogasanlage sinnvoll, kann andernorts Wasserstoff im Gasnetz, Wärme aus tiefer Geothermie oder die dezentrale Wärmepumpe die richtige Wahl sein. Regionale Besonderheiten und der Einsatz von regenerativen Brennstoffen sollten ermöglicht werden, um eine flexible und bezahlbare Wärmewende vor Ort zu ermöglichen.

		Gleichzeitig sagen wir klar: Auf Dauer sehen wir die größten Potenziale bei direkter Nutzung erneuerbarer Energien (Wärmepumpen, Wärmenetze), da diese energetisch deutlich effizienter und volkswirtschaftlich sinnvoller sind. In der kommunalen Wärmeplanung sollten erneuerbare Flüssigbrennstoffe deshalb realistisch, technologieoffen, aber nicht als Hauptpfad berücksichtigt werden. Ob und in welchem Umfang solche Optionen vor Ort eine Rolle spielen, ist Teil der kommunalen Wärmeplanung. Diese entscheidet technologieoffen über die jeweils sinnvollste Lösung. Zentrale Leitlinie bleibt jedoch: Elektrifizierung und Wärmenetze haben Vorrang, um Lock-in-Effekte in langfristig ineffiziente oder knappe Brennstoffpfade zu vermeiden.	
--	--	---	--

Schmierstoffe

8. Hochentwickelte Schmierstoffe sind für die Umwandlung kinetischer Energie in elektrische Energie (und umgekehrt) in Maschinen und Motoren unerlässlich und damit eine fundamentale Grundlage für die Defossilisierung der Gesellschaft. Wie ordnen Sie den Stellenwert von Schmierstoffen ein und bewerten die gesteigerte Energieeffizienz?

CDU 	SPD 	Grüne 	FDP 
Die gesteigerte Energieeffizienz, die durch den Einsatz moderner Schmierstoffe erzielt wird, leistet einen direkten Beitrag zum Klimaschutz, da sie den Energieverbrauch senkt und den Einsatz fossiler Brennstoffe reduziert. Gleichzeitig fördert sie Innovationen in industriellen und mobilitätsbezogenen Anwendungen und unterstützt die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Für uns ist daher klar, dass der gezielte Einsatz hocheffizienter Schmierstoffe und die kontinuierliche Weiterentwicklung dieser Technologien ein entscheidender Baustein für eine nachhaltige und energieeffiziente Zukunft ist.	Schmierstoffe werden auch langfristig in Maschinen und Motoren unerlässlich sein. Sie haben daher einen hohen Stellenwert und sollten auch umwelt- und klimafreundlich her-gestellt werden, z.B. auf pflanzlicher Basis.	Hochentwickelte Schmierstoffe sind ein oft unterschätzter, aber zentraler Baustein der industriellen Transformation. Sie tragen maßgeblich dazu bei, Energieverluste zu reduzieren, Wirkungsgrade zu erhöhen und die Lebensdauer von Maschinen, Motoren und Anlagen zu verlängern – sowohl in der Stromerzeugung als auch in Industrie und Mobilität. Aus grüner Sicht gilt: Alles, was Energieeffizienz steigert und Ressourcen schont, ist ein direkter Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb unterstützen wir Forschung, Innovation und industrielle Anwendungen, die durch effizientere Schmierstoffe Emissionen senken, Kosten reduzieren und Wettbewerbsfähigkeit stärken – insbesondere in einem Hochtechnologiestandort wie Baden-Württemberg.	Hochentwickelte Schmierstoffe stellen für Unternehmen mit den oben genannten Einsatzbereichen einen relevanten Effizienzhebel dar. Durch die Senkung des Energieverbrauchs können sie einen messbaren Effekt auf die CO₂-Minderung bewirken. Im Sinne einer technologieoffenen Energiepolitik begrüßen wir grundsätzlich den Einsatz.